

# Haben Parteien Angst vorm Volk?

Wie stark identifizieren sich die Deutschen mit der Demokratie? Die Historikerin Christina Morina hat tausende Briefe, Flugblätter und Pamphlete von Bürgern der BRD und der DDR untersucht, um der wahren Stimme des Volkes näherzukommen. Ihr durchaus verblüffendes Fazit: Unterschiede im demokratischen Denken gab es zwar in vielen Details – im Kern hatte man aber auch im Osten schon zu Diktaturzeiten sehr genaue Vorstellungen, wie Volksbeteiligung funktionieren kann. Haben wir bisher etwas übersehen?

VON TIM HOFMANN

**Freie Presse: Frau Morina, nach der Lektüre Ihres Buches stellt man sich die Frage: Wissen wir Ossis zu wenig über den Westen?**

**Christina Morina:** Ja, ich denke, dass es zu wenig Interesse dafür gibt, wie die Transformation seit 1989 auch den westdeutschen Teil der Republik verändert hat. In gewisser Weise ist das nachvollziehbar, weil die Wirkung im Osten wesentlich dramatischer war. Aber trotzdem ist es eine gesamtdeutsche Geschichte, die auch im Westen zu einschneidenden Veränderungen geführt hat, in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht.

**FP: Hat man den Westen zu sehr als homogene „Siegermacht“ wahrgenommen und so diese Brüche übersehen?**

**Morina:** Vielleicht auch das. Ein Hauptgrund ist aber, dass man nach 1990 lange glaubte, dass die „alte“ Bundesrepublik einfach vergrößert weiterging und es an einer wirklich integrierten Sicht auf den Umbruch als deutsch-deutschem Geschehen fehlte. Die Vereinigung nach Bonner Prämissen wurde nicht nur von Staats wegen als eine Erfolgsgeschichte gesehen, sondern auch von vielen in der Gesellschaft getragen. Erst seit sich in jüngster Zeit nicht nur im Osten, sondern auch in Westdeutschland die Krisenerscheinungen auf türmen, steht diese Erfolgserzählung infrage. Auch die Reichweite der damaligen Demokratiebewegung wurde lange übersehen, denn um 1989 gab es ja auch im Westen einen Demokratiereformdiskurs, die Hoffnung, dass man in diesem historischen Moment auch einige der Mängel der „siegreichen“ Ordnung beseitigen könnte. Und wir sehen heute viel klarer die problematischen Kontinuitäten, die in die Zeit vor 1945 zurückreichen. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus waren nach dem Krieg nicht einfach verschwunden, sondern hatten in beiden Deutschlands ein wirkmächtiges Nachleben. All das, was uns heute umtreibt, kann man nicht erklären, ohne diese historischen Dimensionen zur Kenntnis zu nehmen.

**FP: Sie führen das auf einen zu schwachen „republikanischen Gedanken“ unter den Bundesbürgern zurück: Man habe sich vorrangig auf den Rechtsstaat fokussiert. Parallel war die Republik im Osten zwar hervorgehoben, aber nur behauptet. Steht das noch virulent im Raum?**

**Morina:** In der Tat war die westliche Selbstsicht lange eher durch die Idee des Rechtsstaats als die der Republik geprägt – als direkte Antwort auf den NS-Unrechtsstaat. Was aber eine „republikanische Ordnung“ ausmacht, dass für die Ausübung von Macht auf Zeit über freie Wahlen diverse Parteien und breite gesellschaftliche Partizipation nötig sind, das rückte erst verzögert ins Bewusstsein. Zugleich war der Wiederaufbau in beiden Teilen Deutschlands an das Versprechen von Wohlstand und sozialer Sicherheit gebunden, und je besser dieses eingelöst wurde, desto stabiler war die politische Ordnung. Im Osten scheiterte die angebliche Republik langfristig an Diktatur und Planwirtschaft, aber auch im Westen geriet dieses Modell seit den späten 70er-Jahren ins Wanken: Es gab zunehmend Kritik an der Parteiendemokratie, zu-



Christina Morina.

FOTO: S. JONEK/UNIVERSITÄT BIELEFELD

gleich kamen die Neuen Sozialen Bewegungen und neue Parteien auf. In meinem Buch zeige ich anhand von Briefen und Dokumenten aus Bürgerbewegungsarchiven, dass die Frage danach, was Demokratie ausmacht, auch jenseits von Parteien und Parlamenten in beiden Teilen Deutschlands intensiv diskutiert wurde. Im Westen war dies im Rahmen der liberalen Ordnung freilich ganz anders möglich als in der DDR. Die Grundgesetzordnung genoss gerade wegen ihrer Verhandbarkeit um 1990 ein hohes Ansehen – in West und Ost. Eine klare Mehrheit im Osten stimmte auch deshalb für einen Beitritt ohne neue Verfassung. Die Bonner Ordnung erwies sich also als ziemlich stabil. Das ist sie auch heute noch – aber wir sehen auch, dass sich die Frage, wie angemessene politische Teilhabe und Repräsentation aussieht, immer wieder neu stellt.

**FP: Ihr Buch vermittelt den Eindruck, dass man 1990 das Projekt „Deutsche Einheit“ solchen inneren Verhandlungen vorangestellt hat – wobei dann als Basis ein eher starres, scheinbar unverhandelbares Demokratiemodell diente, das nicht mehr als Prozess verstanden wurde?**

**Morina:** Man kann es so sehen, aber ganz so kritisch stelle ich es nicht dar. Die Dinge mussten ja sehr schnell entschieden werden. Zugleich gab es immer auch eine sehr lebendige und vielstimmige Bürgerbeteiligungsbewegung: Nehmen Sie Wolfgang Thierse, der neben anderen stark dafür plädierte, die praktischen Erfahrungen aus der demokratischen Revolution 1989 in die vergrößerte Bundesrepublik einzubringen. Das ist gescheitert: Vorstellungen wie Volksentscheide auf

„Viele Menschen sind nicht demokratiemüde oder gar demokratiefeindlich – sie wollen nur ihre eigene Form von Demokratie leben und entwickeln.“

Bundesebene oder eine Gleichstellung von Parteien und Bürgerinitiativen haben sich nicht durchgesetzt. Man wollte an den Grundprinzipien der Parteiendemokratie festhalten, und dazu gehört auch eine tiefe Skepsis vor dem Plebiszitären, eine Angst vor den unberechenbaren Folgen einer außerparlamentarischen Mobilisation „des Volkes“. In der Frage der Bürgerbeteiligung helfen schlechte Argumente nicht weiter. So sind ja auch an der repräsentativen Demokratie Bürger vielfach beteiligt. Entscheidend ist, wie man eine wirksamere Beteiligung erreicht. Auf Landes- und kommunaler Ebene gibt es Volksentscheide, und gerade bei existenziellen Themen werden sie seit einigen Jahren zunehmend genutzt, man denke etwa an Berlin und die Frage eines „Mieten-

deckels“. Die heutige Demokratie ist also keineswegs statisch, sondern durchaus gestaltungsoffen.

**FP: Erstaunlich an Ihren Forschungsergebnissen im Buch ist, wie vielfältige Vorstellungen es zu solchen Modellen auch unter der DDR-Bevölkerung gab ...**

**Morina:** Ja, es gab eine Vielzahl von vor allem direkt- und basisdemokratischen Ideen, die zunächst gegen die Einparteiensherrschaft der SED gerichtet waren, die immer behauptete, die einzige wahre „Volksvertretung“ zu sein. Die Bürgerpost in Ost und West ist einerseits sehr verschieden, weil man im Westen als mündiger Bürger ungleich freier an die Staatsführung, etwa den Bundespräsidenten, schreiben konnte, als im Osten, wo stets um Mündigkeit gerungen wurde. Und dennoch sind die Gemeinsamkeiten eindrücklich. Auch die ostdeutsche Gesellschaft war stark politisiert, auch hier hat man sich mit der Idee und Praxis von Demokratie auseinandergesetzt, nicht zuletzt deshalb, weil die „sozialistische Demokratie“ der SED eine Chimäre war.

**FP: Bei der letzten Kommunalwahl haben in Sachsen vor allem in kleineren Städten oder Gemeinden sehr oft Bürgervereinigungen gewonnen, die bewusst die Parteipolitik außen vor lassen und sich nur um Sachfragen ihres Ortes kümmern wollen. Wären solche Experimente in einer politisch stabileren Zeit nicht besser gewesen als jetzt, in diesen fragilen Zeiten?**

**Morina:** Ich denke, eine hohe Beteiligungsbereitschaft von Bürgern ist per se ein Grund zum Fürchten. Viele Menschen sind offenbar nicht demokratiemüde oder gar demokratiefeindlich – sie wollen nur ihre ei-

gene Form von Demokratie leben und entwickeln. Die Frage ist allerdings, wie durchdacht das ist und was daraus für die repräsentative Ordnung und das Gemeinwohl folgt. Es geht ja nie „nur um Sachfragen“ im politischen Alltag. Moralisch-weltanschauliche Vorstellungen spielen immer eine Rolle, und Parteien helfen dabei, diese halbwegs fair und transparent zu bündeln, deswegen sind sie in einer Demokratie unverzichtbar. Ohne sie ist diese Bündelung viel willkürlicher und intransparenter. Das sieht man aktuell etwa beim BSW, das mit einer über irgendein Onlineportal vermeintlich „bürgernah“ entwickelten Programmatik auftritt. Hinzu kommt, dass Leute, die parteilos gute Kommunalpolitik machen, weniger gute Strukturen haben, um ihre Erfahrungen und Expertisen effektiv in die Landes- und Bundesebene einzubringen. Wenn also gerade im Osten parteiloses Engagement häufiger auftritt, ist das nicht nur gut. Es verfestigt das schlechte Image von Parteien und verschärft das ostdeutsche Repräsentationsproblem auf der regionalen und nationalen Ebene.

**FP: Sie sagen, es gäbe insgesamt keine Demokratiemüdigkeit. Den Eindruck hat man aber schon – vor allem der Zuspruch zur AfD scheint diesbezüglich ein deutliches Zeichen zu sein ...**

**Morina:** Die AfD-Wählerschaft ist vielschichtig. Wer überhaupt wählen geht, übt ja erst einmal ein demokratisches Grundrecht aus. Ob dabei mit dem Hintergedanken gewählt wird, die „Altparteien-Demokratie“ abzuschaffen oder zu einem völlig neuen Gesellschaftsbild zurückzukehren, müsste viel genauer untersucht werden. Die AfD fordert

die Direktwahl des Bundespräsidenten oder dass Gesetze durch Volksentscheide gekippt werden können, was das jetzige politische System fundamental verändern würde. Ich glaube schon, dass sie gerade dafür in Ostdeutschland stärker gewählt wird – wie bewusst, müsste man ebenfalls genauer erforschen. Hinzukommt ein offenbar stärker ausgeprägter antiliberaler Affekt, die Leute hadern stärker mit dem Pluralen, Uneindeutigen, Unwägbareren...

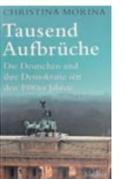
**FP: Wenn es als Demokratiebeteiligung schon reichen soll, zur Wahl zu gehen – müsste es dann nicht unbedingt die bewusste Wahl für ein Programm sein, dessen Richtung man dann auch wirklich möchte? Wenn man nur gegen etwas wählt, kann der demokratische Wille ja letztlich gar nicht vertreten werden ...**

**Morina:** Ja, wenn das zu viele Menschen machen, haben wir ein Problem – weil die Programmatiken, die dann zum Zuge kommen, selten an Sachfragen und auf echte Lösungen hin ausgerichtet sind, sondern dies nur vorgaukeln. Schon die Problembeschreibungen sind fast immer unsachlich und irreführend. Deswegen ist es so wichtig, dass es daneben immer auch gute, andere, realistische Angebote gibt. Aber gerade die nicht populistischen Parteien sind in Ostdeutschland besonders schwach, zum Teil aus historisch-strukturellen, teils aus hausgemachten Gründen. Wir haben in den letzten Jahren zu wenig darüber nachgedacht, wie die Nichtpopulisten gestärkt werden können, von linksliberal bis rechtskonservativ.

**FP: Ziehen Sie Hoffnung daraus, dass Sie bei Ihrer Forschung so viele demokratische Ansätze in der Bevölkerung finden?**

**Morina:** Ab und an ist es schon zum Verzweifeln, zumal die großen Zusammenhänge wie der Klimawandel ja auf immer schwierigere Zeiten hindeuten. Zugleich glaube ich, dass die Demokratie nicht umsonst eine der ältesten Staatsideen ist. Der Gedanke, dass alle Menschen frei und gleich zusammenleben, ist und bleibt eine überaus anziehende Vorstellung. Mein Buch zeigt, wie man die besondere politische Lage in Ostdeutschland präzise beschreiben kann, ohne zu beschönigen, und dass man zugleich anerkennen muss, dass die Mehrheit der Ostdeutschen gut angekommen ist in der Berliner Republik und weder extremistisch noch populistisch wählt. Und da ist dieser Schatz an Erfahrungen im Nachdenken und Ausprobieren, wie ein Gemeinwesen und die eigene Rolle darin gestaltet sein könnten. Darauf hat man lange zu wenig geschaut und es als Demokratiepotenzial zu wenig geschätzt. Auch davon profitieren AfD und BSW. Aber je differenzierter über die ostdeutsche Demokratiegeschichte gesprochen wird, desto klarer kann man Populisten und Extremisten aller Art entgegentreten. |tim

**DAS BUCH** Christina Morina: „Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren.“ Siedler Verlag, 400 Seiten, 28 Euro.



**Christina Morina**

**Die Historikerin** wurde 1976 in Frankfurt (Oder) geboren. Sie begann ein Studium der Geschichte, Journalistik und Politikwissenschaft in Leipzig, das sie an der Universität Ohio fortführte. 2007 promovierte sie an der Universität Maryland über den Zweiten Weltkrieg in der deutschen Erinnerungskultur. Sie arbeitete danach in Jena und Amsterdam, seit 2019 ist Morina Professorin für Geschichte an der Universität Bielefeld.

**Für ihr Sachbuch** „Tausend Aufbrüche“ wurde sie im Juni mit dem Deutschen Sachbuchpreis 2024 ausgezeichnet. |tim